Spanien

Esther Barbé / Laia Mestres[1]

Im Zeitraum zwischen dem Gipfeltreffen des Europäischen Rates im Juni 2014 und den lokalen und regionalen Wahlen in Spanien im Mai 2015 erhofften sich die Spanier vergeblich sowohl einen politischen Wandel als auch einen gewissen Konjunkturaufschwung, der eine Verbesserung der Lebensqualität mit sich bringen würde. Anders als in den Vorjahren war die öffentliche Debatte nicht mehr nur von wirtschaftlichen Themen wie Wirtschaftsrettung oder einem möglichen Euroraum-Austritt geprägt. Schließlich stieg das spanische Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2014 um 1,4 Prozent und der Wirtschaftsausblick der Regierung sah ein Wachstum von 3,3 Prozent für das Jahr 2015 vor.[2] Darüber hinaus konnte zwar die Schaffung von Arbeitsplätzen vorangetrieben werden, jedoch blieben immer noch über 4 Mio. Spanier ohne Beschäftigung. Weitere arbeitsmarktpolitische Defizite zeigten sich im Anstieg der Zahl befristeter Arbeitsverhältnisse, beim erschwerten Einstieg der jungen Generation in den Arbeitsmarkt und an der hohen strukturellen Arbeitslosigkeit.

Neben der Wirtschaftslage sorgte Spanien 2015 vor allem aufgrund wiederholter Korruptionsfälle für internationale Schlagzeilen (unter anderem zum Rücktritt der spanischen Gesundheitsministerin Ana Mato in der sogenannten Gürtel-Affäre oder zum Kreditkartenskandal rund um die Aufsichtsratsmitglieder der Großbank Bankia). Im Vordergrund des öffentlichen Interesses standen jedoch zunehmend Erwartungen an einen politischen Wandel im Land, die jedoch nach den Lokal- und Regionalwahlen im Mai 2015 enttäuscht wurden. Das spanische Parteiensystem mit zwei großen, im Wechsel regierenden Parteien, der spanischen Volkspartei Partido Popular (PP) und der sozialistischen spanischen Arbeiterpartei Partido Socialista (PSOE), wandelte sich durch das Auftauchen der neuen Parteien Podemos im Jahre 2014 und Ciudadanos im Jahre 2015 hin zu einem Vierparteiensystem.[3] Podemos gründete sich aus der Bewegung der sogenannten „indignados" (Die Empörten) heraus, auch bekannt als 15M (Bewegung 15. Mai), die im Mai 2011 in vielen spanischen Städten zu Demonstrationen aufrief und eine Veränderung der spanischen Politik forderte. Mit Podemos begründete Pablo Iglesias gemeinsam mit einigen Kollegen der Politischen Fakultät der Universidad Complutense von Madrid eine Version des Linkspopulismus, die von den Schriften des argentinischen Autors und Denkers Ernesto Laclau inspiriert wurde.[4] Ciudadanos, angeführt vom Katalanen Albert Rivera, verfolgte zwar auch die Idee eines Wandels weg von der Mainstream-Politik von PP und PSOE, aber im Gegensatz zu Podemos hin zu einem politischen Zentralismus.[5]

Die Wahlen im Mai 2015 verliefen für die regierende PP nicht sonderlich gut: In 15 Provinzhauptstädten verloren sie das Amt des Bürgermeisters (von 34 Posten im Jahr 2011

1 Übersetzt aus dem Spanischen von Laura Ferrarotti-Gallardo.

2 Yago Gonzáles: Rajoy adelanta a julio la rebaja del IRPF y eleva al 33% la previsión de crecimiento para este año, in: Expansión, 3.7.2015.

3 The Economist: Charlemagne: And then there were four, 23.5.2015.

4 Für eine vollständige Analyse der politischen Ereignisse 2015 in Spanien: Jordi Vaquer: From the Squares to Power in four years, 10 days, 25.6.2015, abrufbar unter: https://www.opendemocracy.net/can-europe-make-it/jordi-vaquer/from-squares-to-power-in-four-years-10-days (letzter Zugriff: 10.9.2015).

auf 19 im Jahr 2015) und konnten nur die regionalen Regierungen in der Communidad von Madrid, in Castilla und Leon, Murcia und La Rioja halten, während sie im Jahr 2011 noch elf Autonome Regionen regiert hatten. Viele der Autonomen Regionen gingen nun mit der nötigen Unterstützung linker Parteien wie Podemos oder der Izquierda Unida (Vereinte Linke) an die PSOE. Auch in kleineren galizischen Städten oder auch in Cádiz, wo zuvor konservative Bürgermeister regiert hatten, zogen Vertreter der radikalen Linken oder alternativen Parteien ins Amt. Die Hoffnung der Volkspartei PP, ihre politische Position auf lokaler und regionaler Ebene durch ein Bündnis mit Ciudadanos Stimmen halten zu können, verflog mit der Neuauszählung der Wahlstimmen: Die linken Parteibündnisse gingen in vielen Städten und Regionen als Wahlsieger hervor. Währenddessen stand die Regierung unter der Volkspartei PP mit Mariano Rajoy als Präsidenten vor ihrem letzten, entscheidenden Jahr im Amt. Auf ihre Agenda für die Zukunft des Landes setzte sich die spanische Regierung die Bereiche Wirtschaft, Energie und Migration als Prioritäten. Sie versuchte außerdem, nachdem Spanien wieder ein Wirtschaftswachstum verzeichnen konnte, unter dem Motto „Spain is back" Madrids Einfluss in Brüssel wiederzuerlangen.

Spanier in europäischen Ämtern

Bereits vor den Europawahlen im Mai 2014[6] war dem spanischen Präsidenten Rajoy eindeutig klar, dass Spanien an zwei institutionellen Fronten kämpfen würde: Es galt, einen Kommissar in einem wichtigen politischen Ressort unterzubringen, und so rasch wie möglich die Präsidentschaft der Euro-Gruppe zu erlangen. Für besagte Ämter hatte Rajoy zwei seiner renommiertesten Minister vorgesehen, nämlich Miguel Arias Cañete, ehemaliger Landwirtschaftsminister, der bereits bei den Europawahlen Spitzenkandidat auf der Liste der spanischen Volkspartei PP gewesen war, sowie Luis de Guindos, Minister für Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit. Der Entwurf für die Zusammensetzung der Europäischen Kommission unter Jean-Claude Juncker, der an die Presse durchsickerte, sah Cañete für den Posten des Kommissars für Forschung, Wissenschaft und Innovation vor, – ein Ressort, das als zweite Riege unter den Kommissionsposten gilt.[7] In der vorherigen Kommission hingegen hatte Joaquín Almunia, Mitglied der sozialistischen Partei, die Vizepräsidentschaft und das Ressort Wettbewerb innegehabt. Die spanische Regierung verstärkte ihren Druck auf Juncker. Letztlich wies letzter Cañete das Ressort Klimawandel und Energie zu, welches unter der Aufsicht des vom slowakischen Vizepräsidenten Maroš Šefčovič geleiteten Projektteams für die Energieunion steht. Bei den Anhörungen des Europäischen Parlaments stimmten die PSOE-Abgeordneten aufgrund von Interessenskonflikten gegen Cañete, da er als ehemaliger Aktionär für zwei spanische Mineralölkonzerne tätig war.

Der Weg von Guindos zur Präsidentschaft der Euro-Gruppe war lang und beschwerlich und endete schließlich in einer Sackgasse, nachdem Jeroen Dijsselbloem, der das Amt seit Januar 2013 innehatte, verkündete, dass er bis zum Ende seiner Amtszeit im Juli 2015 im Amt bleiben und sich zur Wiederwahl aufstellen werde.[8] Spanien hatte es sich zum Ziel

5 Albert Rivera veröffentlichte im April 2015 ein Buch, in dem er seinen politischen Vorschlag für die Zukunft Spaniens unter dem Titel und dem Motto der Kampagne "el cambio sensato" vorstellte, vgl: Albert Rivera: El cambio sensato: 100 preguntas. 100 respuestas, Madrid 2015.

6 Bezüglich der Wahlkampagne und den Wahlergebnissen der Europawahl siehe: Esther Barbé/Laia Mestres: Spanien, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hsrg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2014, Baden-Baden 2014, S.503-510.

7 Georgi Gotev: Exclusive: The Juncker team revealed, in: EurActiv.com, 4.9.2014.

gesetzt, die Rahmenbedingungen des Amtes zu ändern und so eine Kandidatur Spaniens zu ermöglichen. Rajoy versuchte, den Vorsitz der Euro-Gruppe zu einem Hauptamt zu machen und damit von einer Ministertätigkeit im entsprechenden Ressort in einem der Mitgliedsstaaten loszulösen. Auf diese Weise wäre eine Ernennung von Guindos nicht abhängig von einem Ministerposten oder einem Sieg der PP bei den Parlamentswahlen Ende 2015 gewesen. Doch dieses Unternehmen verlangte Unterstützung vonseiten europäischer Partner wie von François Hollande und Matteo Renzi.[9] Auch die deutsche Kanzlerin Angela Merkel sicherte Rajoy bei einem Besuch im August 2014 in Santiago de Compostela ihre Unterstützung für die Kandidatur des Spaniers Guindos zu. Als die Stunde der Wahrheit nahte, war die Unterstützung jedoch nicht so vielversprechend, wie Rajoy erwartet hatte. Die Euro-Gruppe beschloss, die Personalfrage zwischen Dijsselbloem und Guindos im Juli 2015 durch eine (geheime) Abstimmung zu lösen, welche zugunsten Dijsselbloem ausfiel.[10] Mit ihren Bestrebungen, einen Spanier in diesem Amt unterzubringen, hatte die spanische Volkspartei PP versucht, erstmals seit der Wirtschaftskrise wieder als zuverlässiger und effizienter Partner zu gelten. Im Ergebnis wird Spanien jedoch während der kommenden Jahre nur wenige Vertreter in den europäischen Institutionen vorweisen können.

Wirtschaft und Energie

Juncker startete seine Präsidentschaft in der Europäischen Kommission mit dem sogenannten „Juncker-Plan", der die Einrichtung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) vorsieht. Die Zeiten, in denen sich Spanien unter dem Euro-Rettungsschirm befand, waren nun vorbei. Die ersten Rückzahlungen sowie erste Wachstumsprognosen für Spanien veranlassten die Regierung wieder langfristig auf die wirtschaftliche Zukunft des Landes zu blicken. Dies ist jedoch unweigerlich an die Lösung der Energieproblematik auf der spanischen Halbinsel zu knüpfen.

Die Regierung unter Rajoy unterstützte von Anfang an den Juncker-Plan, der öffentliche und private Investitionen in Höhe von 315 Mrd. Euro im Zeitraum zwischen 2015 und 2017 in den Schlüsselsektoren der europäischen Wirtschaften, nämlich Verkehr, Energie und digitaler Binnenmarkt, vorsah. Im Fokus stehen kleine und mittelständische Unternehmen (KMU). Bezweifelt wurde jedoch, ob die Europäische Union tatsächlich in der Lage sei, private Investitionen zu mobilisieren, um zusammen mit den 20 Mrd. Euro an öffentlichen Geldern eine Gesamtinvestitionssumme von 300 Mrd. Euro zu erreichen.[11]

Auf Wunsch der Kommission legten die spanische Regierung wie auch die in den anderen Mitgliedsstaaten jeweils eine Liste mit zu finanzierenden Projekten in Höhe von 52,97 Mrd. Euro vor. Fast die Hälfte der spanischen Projekte hatte eine Verbesserung des Energietransports zum Ziel (beispielsweise durch Stromtrassen zwischen dem Baskenland und der französischen Grenze oder der Gaspipeline Midcat zwischen Katalonien und

8 Eduardo Suárez: El presidente del Eurogrupo amenaza con cerrar el paso a Guindos también en 2015, in: El Mundo, 4.9.2014.

9 José Antonio Navas: Rajoy lleva trío de ases: Merkel, Hollande y Renzi apoyan a Guindos en el Eurogrupo, in: El Confidencial, 15.5.2015.

10 Claudi Pérez: Guindos pierde la pugna para ser presidente del Eurogrupo, in: El País, 14.7.2015; Fernando Heller: Spain fears loss of influence in EU, in: EurActiv.Com, 14.7.2015.

11 Spanisches Unterhaus: Sitzungsprotokoll des spanischen Parlaments. Comparecencia del señor secretario de estado para la Unión Europea (Méndez de Vigo y Montojo), para informar con carácter previo del Consejo Europeo que se celebrará en Bruselas los días 18 y 19 de diciembre de 2014,132/2014, 11.12.2014, S. 4.

Südfrankreich).[12] Ein weiterer Schwerpunkt waren für Spanien zudem Schienenverbindungen, allen voran zum Atlantik und zum Mittelmeer. Die verbleibenden Projekte umfassten unter anderem Wasserschutzprojekte (Umwelt), Fortbildung (Bildung), die Förderung der Elektromobilität und den Ausbau von Breitbandverbindungen (Telekommunikation). Die Opposition kritisierte an dieser Projektliste, dass der Ausbau der Sozialinfrastruktur zu kurz käme.

Dass das europäische Verbundsystem, ein europaweites Stromnetz, zur Verteilung von Energie, zu einer Hauptpriorität Spaniens geworden ist, wurde sowohl im Oktober 2014 beim Europäischen Rat, aber vor allem auch bei einem am 4. März 2015 in Madrid zwischen Spanien, Frankreich, Portugal und der Europäischen Kommission stattfindenden Treffen deutlich. Bereits 2002 hatte die Europäische Union sich zum Ziel gesetzt, einen Energieverbund mit mindestens 10 Prozent der installierten Leistung zu erreichen.[13] Der Stromverbund zwischen Spanien und dem Rest der Europäischen Union liegt im Jahr 2015 um die 4 Prozent und mit Frankreich lediglich bei 2,7 Prozent (nach Inbetriebnahme der Verbindung Santa Llogaia-Baixàs im Februar 2015).[14]

Spanien war klar, dass ohne eine politische und vor allem auch eine finanzielle Verpflichtung der europäischen Institutionen hinsichtlich eines Energieverbunds zwischen Spanien und dem restlichen Kontinent es weiterhin energietechnisch isoliert bleiben würde. Bei einem Treffen im Oktober 2014 erkannte der Europäische Rat zum ersten Mal an, dass eine unzureichende Verbindung zwischen den Mitgliedsstaaten nicht nur ein Problem einiger Mitgliedsländer, sondern ein europäisches Problem sei. Rajoy warb damit, in diesem Bereich und speziell bei jener konkreten Tagung des Europäischen Rats eine „glaubwürdige Führungsrolle" bei der Erarbeitung einer Agenda für die Zukunft der Energieunion ausüben zu wollen.[15] Zu diesem Zweck wurden drei Abkommen unterzeichnet, von denen Spanien profitieren sollte.[16] Zunächst plante die Europäische Kommission Sofortmaßnahmen für die Erreichung besagten Minimums von 10 Prozent beim Energieverbund bis 2020 – ein besonderer Fokus liegt dabei auf Spanien und Portugal (sowie den baltischen Staaten) und denjenigen Mitgliedsstaaten, die das Integrationsminimum des gemeinsamen Energiemarkts nicht erreicht hatten. An zweiter Stelle stand die Förderung von Projekten von gemeinsamem Interesse durch die Kommission und die Mitgliedsstaaten, um so bis 2020 eine stärkere Integration der derzeit noch am wenigsten integrierten Staaten in den gemeinsamen Energiemarkt zu erreichen. Sollten diese Projekte nicht ausreichen, um das Ziel von 10 Prozent in Bezug auf den Energieverbund zu erreichen, würde sich die Kommission dann als Drittes verpflichten, neue Projekte prioritären Charakters zu schaffen, die auch mit EU-Geldern mitfinanziert würden. Auf Wunsch des Europäischen Rates wäre die Planung, Durchführung und Finanzierung von Maßnahmen

12 Pablo R. Suanzes: España, el único país que no desglosa su lista de proyectos para el plan de inversión de Juncker, in: El Mundo, 9.12.2014.

13 Europäischer Rat: Europäischer Rat (Barcelona) (Tagung vom 15./16. März 2002).Conclusiones de la Presidencia, SN100/2/02 REV 2 (es).

14 Miguel Ángel Noceda: España duplica la interconexión eléctrica con Francia tras 30 años, in: El País, 6.2.2015; Artur Zanon: España y Francia inauguran su primera interconexión eléctrica en 33 años, Expansión, 20.2.2015.

15 Spanisches Unterhaus: Sitzungsprotokoll. Comparecencia, a petición propia, del presidente del Gobierno ante el Pleno de la Cámara, para informar sobre el Consejo Europeo de los días 23 y 24 de octubre de 2014 en Bruselas, 235/2014, S. 7.

16 Europäischer Rat: Tagung des Europäischen Rates (23./24. Oktober). Schlussfolgerungen zum Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030, SN 79/14.

zum Aufbau der notwendigen Verbindungen und zur Erreichung eines gemeinsamen Energiemarkts die Aufgabe der Kommission.

Nach diesem ersten gemeinsamen Schritt entschloss sich Spanien mit seinen französischen und portugiesischen Nachbarn, noch einen Schritt weiter zu gehen. Rajoy lud Anfang März 2015 Hollande, Pedro Passos Coelho und die Präsidenten der Europäischen Kommission und der Europäischen Investitionsbank (EIB), Juncker und Werner Hoyer, nach Madrid ein, um einen entscheidenden Impuls für einen Energieverbund zwischen der iberischen Halbinsel und dem Rest Europas zu geben. Mit der Teilnahme von Juncker und Hoyer sicherte sich Rajoy die Beteiligung der Europäischen Union zu, um „Mittel für Investitionen zur Verfügung zu stellen", die notwendig seien um „einen funktionierenden und verbundenen gemeinsamen Energiemarkt zu schaffen".[17] In der Erklärung von Madrid, die von den drei genannten Staaten sowie der Kommission unterzeichnet wurde, wurden die Schlüsselprojekte für die kommenden zwei Jahre definiert: ein Energieverbund zwischen Portugal (Vila Fria-Vila do Conde-Recarei) und Spanien (Beariz-Fontefría), ein Verbundprojekt mit Installation eines Seekabels zwischen dem Baskenland und Aquitania, verschiedene Verbundprojekte über die Pyrenäen via Navarra und Aragon sowie die Fertigstellung der östlichen Flüssiggas-Verbundachse zwischen Portugal, Spanien und Frankreich für den Transport von Energie in Flüssiggasform in beide Richtungen und die damit verbundene Entwicklung eines Gasmarktes auf der iberischen Halbinsel.

Nach zwölf Jahren haben die europäischen Institutionen nun den Energieverbund zur Priorität gemacht. Zweifelsohne wird Spanien in den kommenden Jahren das Land sein, das am meisten von den Maßnahmen zur Schaffung von Strom- und Gasverbindungen zwischen der iberischen Halbinsel und dem Rest des europäischen Kontinents profitieren wird.

Syriza mit Podemos: Spanien gegen Griechenland

Die Griechenlandfrage (nächste Rettung oder Grexit) war im Jahr 2015 weiterhin ein vorherrschendes Thema auf der Wirtschaftsagenda der Europäischen Union. Spanien hatte während den schlimmsten Jahren der Krise noch mit allen Mitteln versucht, sich von Griechenland zu distanzieren, erkannte nun aber den gemeinsamen mediterranen Charakter an, nämlich schwere makroökonomische Probleme in beiden Ländern und ähnliche Parteistrukturen. Die Wahlen in Griechenland am 25. Januar 2015 wurden in Spanien mit großem Interesse verfolgt. Die spanische Volkspartei PP stand hinter der Partei Nea Dimokratia und Rajoy reiste als einziger Regierungschef der Europäischen Union einige Tage vor der Wahl nach Athen, um Antonis Samarás in seinem Regierungswahlkampf zu unterstützen. Einige spanische Medien bezichtigten Rajoy als „Gesandter von Angela Merkel" nach Griechenland gereist zu sein.[18] Auch die aufstrebende radikale Linke in Spanien knüpfte Allianzen mit der Syriza-Partei, die als griechisches Pendant zu Podemos anerkannt wurde. Das Mediengesicht von Podemos, Iglesias, begleitete Alexis Tsipras zum letzten Syriza-Treffen im Wahlkampf in Athen, das unter dem Motto „Syriza, Podemos, venceremos" (Syriza, Podemos, wir werden siegen) stand. Beide Parteien versuchten, in

17 „Declaración de Madrid: Cumbre para las interconexiones energéticas", unterzeichnet vom französischen Präsidenten Hollande, dem spanischen Präsidenten Rajoy, dem portugiesischen Premierminister Coelho und dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Juncker, Madrid, 4.3.2015. Siehe Europäische Kommission: Declaración de Madrid: Cumbre para las interconexiones energéticas, 4.3.2015.

18 Carlos E. Cué: Elecciones Grecia 2015: Rajoy contra Syriza: "Prometer lo imposible genera frustración", in: El País, 14.1.2015.

ihren jeweiligen Ländern mit gleichen Ansätzen ein Ende der Sparpolitik herbeizuführen und sahen die Notwendigkeit einer Neuverhandlung der Schulden. Beide Parteien sind jedoch auch von Gegensätzen geprägt: Syrizas Ursprung liegt in einer Koalition aus mehr als zehn linken politischen Gruppierungen, die sich zum ersten Mal 2004 zur Wahl stellten. Podemos hingegen ist eine neu gegründete Partei, die explizit nicht auf der klassischen Links-Rechts-Achse angesiedelt werden möchte, sondern eine transversale Ideologie vertritt. Die Syriza brauchte mehr als zehn Jahre, um zur stärksten politischen Kraft Griechenlands zu werden, während Podemos bei den Europawahlen mit fast 8 Prozent der Stimmen (1,2 Mio. Wähler) und fünf Europaabgeordneten[19] der Durchbruch gelang. In einigen Umfragen wurde Iglesias als möglicher Wahlsieger gehandelt, wobei besagte Umfragen schnell nach dem Einzug anderer Parteien wie Ciudadanos relativiert wurden. Am 25. Januar ging Syriza mit 36,3 Prozent der Stimmen und 149 Sitzen als Wahlsieger hervor. Auf den Sieg von Tsipras, der vorhersehbar war, reagierte Rajoy mit einem Telegramm, in dem er Tsirpas beglückwünschte. Rajoy „hoffe, dass das Wahlergebnis in der Gründung einer stabilen und engagierten Regierung münden werde, die sich dem Projekt der europäischen Integration, das Spanien und Griechenland teilen, verpflichtet fühle".[20] Doch seit dem ersten Gipfeltreffen des Europäischen Rats, an dem Tsipras teilgenommen hatte, ist deutlich, dass Spanien der von Syriza geführten Regierung kritisch gegenüber steht. Sowohl Rajoy als auch Guindos erinnerten ihre griechischen Amtskollegen wiederholt daran, dass Spanien Griechenland aus spanischer und europäischer Solidarität mehr als 26 Mrd. Euro geliehen habe und das zu einem für Spanien wirtschaftlich sehr schweren Zeitpunkt.[21] Daraufhin wetterte Tsirpas gegen die konservative Regierung Spaniens (und Portugals) und warf ihnen vor, versucht zu haben, das Abkommen zwischen der Euro-Gruppe und Griechenland Ende Februar zu verhindern, um Syriza zu zermürben und dadurch die Chancen von Podemos bei der Wahl negativ beeinflussen zu wollen. Als ein Grexit für einige führende Politiker eine reale Option zu werden schien, musste die spanische Regierung Farbe bekennen. In der offiziellen Stellungnahme der spanischen Regierung sei ein Grexit keine gewünschte Option, auch wenn dem spanischen Außenminister, José Manuel García-Margallo, das ein oder andere Mal von den Lippen kam, dass die Konsequenzen des Grexit 2015 nicht so gravierend wären wie noch vor drei Jahren. Im Grunde wäre ein Scheitern der Verhandlungen zwischen der Syriza und der Europäischen Union für die spanische Volkspartei PP eine Bestätigung ihrer Sparpolitik gewesen.

Die Grenzen im Süden Europas: Kriege, Terrorismus und Migration

In Bezug auf die Außenpolitik konnten seitens der Regierung neue Bemühungen festgestellt werden, international wieder aktiver zu werden. Einige sprechen sogar von einer strategischen Neuorientierung der spanischen Außenpolitik ganz nach dem Motto „Spain is back".[22] Zum ersten Mal verfügte das Land nach seinem Rückzug in den vergangenen Jahren wieder über eine außenpolitische Handlungsstrategie mit dem Ziel, eine neue Wahrnehmung nach außen zu schaffen.[23] So wird Spanien als nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen in der Periode 2015 bis 2016 wieder auf die inter-

19 Aitor Riveiro: Podemos y Syriza: Cinco diferencias y dos similitudes, in: Eldiario, 25.1.2015.

20 Spanische Regierung: Mariano Rajoy felicita a Alexis Tsipras, abrufbar unter: http://www.lamoncloa.gob.es/presidente/actividades/paginas/2015/260115rajoygrecia.aspx/ (letzter Zugriff: 11.9.2015).

21 Nikos Chrysoloras/Karl Stagno Navarro: Spain Said to Lead EU Push to Force Terms on Greece, in: Bloomberg Business, 22.2.2015.

22 Álvaro Imbernón: Scorecard 2015: Spain's two foreign policy tracks, in: ECFR Commentary, 12.2.2014.

nationale Bühne zurückkehren, nachdem das Land dort mehr als zwölf Jahre nicht präsent gewesen war. Zuletzt und überraschend wurde das spanische Parlament wieder außenpolitisch aktiv, als es mittels eines Entschließungsantrages im November 2014 Palästina als Staat anerkannte.

Im Berichtszeitraum fokussierte sich die außenpolitische Agenda der Europäischen Union auf drei Punkte: die Verhandlungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP),[24] den Konflikt in der Ukraine und seine Folgen für die EU-Russland-Beziehungen[25] sowie den Mittelmeerraum mit dem Krieg in Syrien, dem Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) und die Flüchtlingstragödien. In diesen drei Bereichen wollte Spanien als Mittelmeeranrainer und Ankunftsland für Einwanderer sowie aufgrund seiner Erfahrung in der Bekämpfung des Terrorismus lediglich bei letzterem eine hervorgehobene Rolle spielen.

Nach dem Terroranschlag auf die Redaktion der französischen Satirezeitung Charlie Hebdo im Januar 2015 und die Enttarnung dschihadistischer Zellen in ganz Europa schrillten in allen europäischen Ländern, vor allem in Frankreich, Belgien und Spanien, die Alarmglocken.[26] Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union verschärften nicht nur die Sicherheitsbestimmungen an ihren Grenzen, sondern reaktivierten auch ihre politische Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus. Im Februar 2015 unterzeichneten die großen politischen Parteien PP und PSOE den vierten nationalen Antiterrorpakt, der zum ersten Mal nicht für den Kampf gegen die separatistische baskisch-nationalistische Untergrundorganisation ETA, sondern für die Bekämpfung des dschihadistischen Terrorismus bestimmt ist. Auf europäischer Ebene spielte Rajoy vor allem beim Entwurf der Erklärung zur Verhinderung der Radikalisierung und Wahrung der Werte des Europäischen Rates bei einer informellen Tagung am 12. Februar 2015[27] eine tragende Rolle, insbesondere wenn es darum ging, die Opfer anzuerkennen und ihr Gedenken zu wahren. Minister García-Margallo schlug der Europäischen Union zudem vor, das erste Ministertreffen nach sieben Jahren in Barcelona, dem Hauptsitz der Mittelmeerunion, abzuhalten und über die Zukunft der europäischen Nachbarschaftspolitik im südlichen Mittelmeerraum sowie über Fragen der illegalen Einwanderung und des Dschihadismus zu sprechen.

Letztlich erforderte die Migrationsfrage dringend eine europäische Reaktion. Der massive Flüchtlingsansturm an den Mittelmeerküsten, bedingt durch die instabile Situation in Libyen und den Krieg in Syrien, zwang die Europäische Union ihre Asyl- und Migrationspolitik erneut auf die Agenda zu setzen. Aufgrund der unterschiedlichen Asylpolitik der Mitgliedsstaaten beschloss die Europäische Kommission, temporär die Dublin III-Verord-

23 Spanisches Ministerium für Auswertige Angelegenheiten und Zusammenarbeit: Estrategia de Acción Exterior, Februar 2015.

24 Auch wenn es in Spanien diesbezüglich noch keine öffentliche Debatte gab, soll laut Charles Powell, Spanien ein enthusiastischer Verteidiger von TTIP sein, weil das Land dadurch langfristig ein Wachstum von 6,6 Prozent seines BIP verzeichnen und 140.000 Arbeitsplätze schaffen könnte. Siehe Charles Powell: Letter from Madrid, in: Strategic Europe, 6.2.2015.

25 Wie Antonio Sánchez Andrés und Nicolás de Pedro bestätigen, gilt „Spanien weithin als eines der Länder innerhalb der EU, das Russland viel Verständnis entgegenbringt und eine harte Linie gegen Moskau offen ablehnt". Siehe. Antonio Sánchez Andrés/Nicolás de Pedro: España en el conflicto Unión Europea-Rusia: El impacto de las sanciones, Notes Internacionals CIDOB, 108/2015.

26 Elisa Lledó: Claves de la política exterior Española: enero-marzo 2015, FRIDE Policy Brief, 124/2015.

27 Europäischer Rat: Informelle Tagung der Staats- und Regierungschefs in Brüssel am 12. Februar 2015, Declaración de los miembros del Consejo Europeo sobre la lucha contra el terrorismo yihadista, abrufbar unter: http://www.consilium.europa.eu/es/press/press-releases/2015/02/150212-european-council-statement-fight-against-terrorism/ (letzter Zugriff: 11.9.2015).

nung für die Zuständigkeit der Asylanträge außer Kraft zu setzen. Nur so konnte eine koordinierte Verteilung stattfinden. Nach dem ersten Vorschlag der Kommission sollte Spanien 9,1 Prozent aller in der Europäischen Union ankommenden Flüchtlinge aufnehmen.[28] Margallo wies diesen Vorschlag offen zurück, weil er weder die gravierenden Arbeitslosenzahlen in Spanien oder die hohe Zahl bereits aufgenommener Immigranten, noch die spanischen Bemühungen zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung über spezifische Abkommen mit Marokko, Senegal und Mauretanien berücksichtigt habe. Damit begann ein Feilschen zwischen den Mitgliedsstaaten, das sich ad eternum hinzuziehen scheint.

Lässt sich das Motto „Spain is back“ auf die europäische Politik übertragen?

Es scheint, als würde die spanische Regierung bei den Tagungen des Europäischen Rates wieder bequem in ihren Sesseln sitzen. Die Überwindung der Wirtschaftskrise (trotz noch immer alarmierender Arbeitslosenzahlen) und die Harmonie mit Kanzlerin Merkel verleihen Spanien wieder eine gewisse Handlungsfähigkeit in Europa (vor allem bei der Verteidigung der Sparpolitik und im Energiesektor). Die Zurückweisung von Guindos als Vorsitzender der Euro-Gruppe war zweifelsohne ein Rückschlag für die Regierung. Schlussendlich hat Spanien zwar nun mehr Mitspracherecht in Brüssel, jedoch weniger spanische Vertreter in den europäischen Institutionen.

Weiterführende Literatur

Andrea Frontini/Salvador Llaudes/Ignacio Molina/Alicia Sorroza: Spain and Italy: The ‘Europeanization’ Strategies of Two Middle Powers, in: Rosa Balfour/Caterina Carta/Kristi Raik (Hrsg.): The European External Action Service and National Foreign Ministries. Convergence or Divergence?, Farnham 2015, S.121-135.

Álvaro Imbernón: Scorecard 2015: Spain’s two foreign policy tracks, in: ECFR Commentary, 12.2.2014, abrufbar unter: http://www.ecfr.eu/article/commentary_ scorecard_2015_spains_two_foreign_policy_tracks426 (letzter Zugriff:11.9.2015)

Salvador Llaudes: Spain, abrufbar unter: http://www.eu-28watch.org/?q=node/1320 (letzter Zugriff: 10.9.2015).

Laia Mestres: Does Spain Really Need a Foreign Policy Strategy? More than a Proposal from a Think Tank, in: Spanish Yearbook of International Law, 18/2014, S.279-286.

Charles Powell: Letter from Madrid, in: Strategic Europe, 6.2.2015.

Elise Lledó: Claves de la política exterior española, in: FRIDE Policy Brief, 112/2014;

Elisa Lledó: Claves de la política exterior española, in: FRIDE Policy Brief, 117/2014

Elisa Lledó: Claves de la política exterior Española, in: FRIDE Policy Brief 124/2015.

Antonia Sánchez Andrés/Nicolás de Pedro: España en el conflicto Unión Europea-Rusia: El impacto de las sanciones, in: Notes Internacionals CIDOB, 108/2015.

28 Beatriz Navarro: eatriz Navarro: iados políticosegenheiten und ZUsammenarbeit:España se escuda en el paro para renegar de su cuota de refugiados políticoseatriz Navarro: iados políticosegenheiten und ZUsammenarbeit:”, in: La Vanguardia, 18.05.2015; Miguel González: España discrepa de las cuotas de refugiados que propone Bruselas, in: El País, 19.05.2015.